



Jugendliche in Südosteuropa

Lost in Transition

DANE TALESKI UND BERT HOPPE

Juli 2015

- In acht Ländern Südosteuropas sind zwischen 2011 und 2014 repräsentative Jugendstudien durchgeführt worden, ihre Ergebnisse sind beunruhigend: Ein großer Teil der Heranwachsenden ist unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie, ist wenig tolerant und zeigt nur eine geringe Bereitschaft, sich politisch zu engagieren.
- Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse und Armut sind in ganz Südosteuropa die drängendsten Sorgen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, viele wollen daher emigrieren. Der anhaltende Braindrain stellt für die Entwicklung der Staaten der Region die größte Bedrohung dar.
- In den Ländern, die sich um den Beitritt zur Europäischen Union bewerben, unterstützen die meisten Jugendlichen den Integrationsgedanken; in den Ländern hingegen, die bereits Mitglieder der EU sind, zeigt sich die Jugend zu großen Teilen von der EU enttäuscht.
- Initiativen am Arbeitsmarkt und im Bildungswesen, die Einbeziehung von Jugendlichen in politische Prozesse insbesondere auf kommunaler Ebene sowie die Förderung der Mobilität könnten dazu beitragen, die Jugend im Land zu halten und dazu zu motivieren, sich für den demokratischen Wandel in Südosteuropa zu engagieren.

Misstrauen in die demokratischen Institutionen

»Die Jugend ist die Zukunft« – diese Aussage kann man immer wieder in vielen Ländern hören, und sie ist mit der Hoffnung verbunden, die nächste Generation werde für positive Veränderungen in der Gesellschaft sorgen. Umgekehrt wird den Heranwachsenden gerade in den jungen Demokratien versprochen, die Zukunft werde ihnen Verbesserungen bringen. Wie aber nehmen die Jugendlichen in Südosteuropa die Herausforderung der Demokratisierung wahr, in welchem Umfang unterstützen sie diesen Prozess, und was denken sie über die Integration ihrer Heimatländer in die Europäische Union? Welchen Einfluss hat die EU-Mitgliedschaft auf die Wahrnehmung der Demokratie und ihrer Institutionen? Sind die Jugendlichen in den betreffenden Ländern dazu bereit, den Demokratisierungsprozess in ihrer Heimat zu unterstützen? Manche Forscher setzen beispielsweise große Erwartungen in die Jugend des Kosovo als Akteur des demokratischen Wandels,¹ und tatsächlich haben etwa die Jugendlichen in Bosnien-Herzegowina zum Abbau der ethnischen Spannungen beitragen können.²

Um die Einstellungen und Hoffnungen der Jugendlichen in Südosteuropa einzuschätzen, wurde zwischen 2011 und 2014 in acht dieser Länder repräsentative Umfragen durchgeführt, in deren Rahmen je 1200 junge Menschen im Alter zwischen 14 und 29 Jahren interviewt wurden.³ Die Ergebnisse dieser Studien sind beunruhigend: Gut ein Drittel der jungen Leute in Südosteuropa ist unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie in ihrer Heimat, nur 17 Prozent äußern sich zufrieden; die übrigen Befragten zeigen sich indifferent oder sehen sich nicht in der Lage zu antworten. Die größte Kluft besteht in Mazedonien und Slowenien: In Mazedonien äußern sich lediglich sechs Prozent zufrieden mit dem Zustand der Demokratie und 44 Prozent unzufrieden, in Slowenien sind acht Prozent zufrieden und beinahe Zweidrittel der Jugendlichen unzufrieden. In Albanien, dem Kosovo und Kroatien ist diese Kluft geringer.

1. Feltes, T. (2013): »Youth and democracy: The promotion of youth participation by the international community in Kosovo«, in: *Security and Human Rights*, 24 (2): 195–209.

2. Hromadzic, A. (2011): »Bathroom mixing: Young negotiate democratization in postconflict Bosnia and Herzegovina«, in: *PoLAR: Political and Legal Anthropology Review*, 34 (2): 268–289.

3. Die Studien wurden in Albanien (2011), Bosnien-Herzegowina (2014), Bulgarien (2014), Kroatien (2012), im Kosovo (2012), Mazedonien (2013), Rumänien (2014) und Slowenien (2013) durchgeführt. Die Links zu den einzelnen Länderstudien finden sich im Anhang.

Tabelle 1: Anteil der Befragten, die mit dem Zustand der Demokratie in ihren Ländern zufrieden oder unzufrieden sind in Prozent; die Antworten »sehr« und »einigermaßen« wurden jeweils zusammengefasst.

	Zufrieden	Unzufrieden
Albanien	24,1	27,8
Bosnien-Herzegowina	18,4	36,3
Bulgarien	12	46
Kroatien	25,7	21
Kosovo	24,3	23,8
Mazedonien	6,2	44,5
Rumänien	18,3	43,9
Slowenien	7,9	59,8
Mittelwert	17,1	37,9

Diese weitverbreitete Unzufriedenheit spiegelt sich in dem überaus geringen Vertrauen wider, das Jugendliche in Südosteuropa den demokratischen Institutionen ihrer Heimatländer entgegenbringen. Am wenigsten vertrauen sie den politischen Parteien; der entsprechende Anteil beträgt durchschnittlich lediglich 15 Prozent. Besonders gering ist dieser Wert in Rumänien (5,5 Prozent) und Slowenien (8,6 Prozent), und selbst in Mazedonien, unter dessen Jugendlichen die Parteien das höchste Vertrauen in den untersuchten Ländern genießen, liegt dieser Wert lediglich bei 27 Prozent. Ein ähnliches Bild zeigt sich hinsichtlich der Einstellung junger Leute gegenüber den Parlamenten und Regierungen ihrer Länder: Im Durchschnitt vertraut nur rund ein Fünftel diesen Institutionen. Wieder ist das Vertrauen in Rumänien besonders gering ausgeprägt – dort schätzen lediglich 8,6 Prozent der Jugendlichen die nationale Volksvertretung als vertrauenswürdig ein – und am höchsten im Kosovo, wo etwa ein Drittel der jungen Generation den Parlamentariern vertraut. Das Vertrauen in die Regierung ist in Rumänien und Slowenien mit jeweils zwölf Prozent am niedrigsten und in Mazedonien am höchsten (41 Prozent). Anhaltende demokratische Defizite, einschließlich Polarisierung und wiederkehrender Blockaden haben das Ansehen der politischen Akteure bei den Jugendlichen untergraben. Anstatt sich um das Wohl der Allgemeinheit zu kümmern, so die verbreitete Überzeugung, dienen Parteien und Parlamente zu häufig vor allem den Interessen der politischen Elite: Korruption und Patronage sind weitverbreitet.

Mehr als Zweidrittel der Jugendlichen sehen die eigenen Ansichten und Interessen in der Politik nicht oder nur unzureichend beachtet. Gerade einmal ein Fünftel fühlt sich in dieser Hinsicht angemessen vertreten. Dieser Graben ist in Rumänien und Kroatien besonders tief, wo sich lediglich rund zehn Prozent der Jugendlichen in der Politik repräsentiert fühlen, während jeweils knapp achtzig Prozent angeben, ihre Interessen spielten für Parlament und Regierung keine Rolle. Dementsprechend gering ist auch der Anteil der jungen Menschen, die davon ausgehen, sie könnten die politischen Prozesse in ihrem Land beeinflussen. Durchschnittlich glaubt nur rund ein Viertel der südosteuropäischen Jugendlichen, dies sei ihnen auf nationaler Ebene möglich, mit Blick auf die lokale Ebene sind die Befragten nur wenig optimistischer.

Tabelle 2: Anteil der Jugendlichen, die glauben, Einfluss auf die Politik nehmen zu können, in Prozent.

	National	Lokal
Albanien	40,4	50,8
Bosnien-Herzegowina	15,6	17,5
Bulgarien	22,7	23,8
Kroatien	17,4	19,3
Kosovo	41	48,3
Mazedonien	30,9	38,9
Rumänien	25,7	31,6
Slowenien	14,4	24,3
Mittelwert	26	31,8

Von allen Ländern scheint die Jugend in den Nicht-EU-Staaten Albanien und Kosovo die größte Sicherheit zu haben, das politische Handeln beeinflussen zu können, während die jungen Leute in den EU-Ländern Kroatien und Slowenien in diesem Bereich ebenso skeptisch sind wie ihre Altersgenossen in Bosnien-Herzegowina.

Als eine Konsequenz aus diesem Gefühl der Machtlosigkeit hat sich ein sehr großer Teil der jungen Generation in Südosteuropa von der Politik entfremdet. Durchschnittlich haben lediglich ein Viertel aller jungen Erwachsenen in Südosteuropa seit ihrer Volljährigkeit an allen Wahlen teilgenommen. Die Wahlbeteiligung junger Menschen ist in Slowenien am niedrigsten (13 Prozent) und in Mazedonien am höchsten (41 Prozent). Und während im Kosovo und in Mazedonien noch

mehr als die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen angibt, sich für die nationale Politik zu interessieren, fällt dieser Anteil in Albanien, Bulgarien und Kroatien auf rund 40 Prozent. In Slowenien sowie in Bosnien-Herzegowina ist die Lage noch ernster, dort sind nur rund ein Viertel der jungen Leute an nationaler Politik interessiert. Das Schlusslicht bildet mit 14 Prozent wieder das EU-Mitglied Rumänien.

Rumänien sowie Bosnien-Herzegowina stellen in dieser Hinsicht allerdings zwei bemerkenswerte Sonderfälle dar: In beiden Ländern ist das Vertrauen in Parteien extrem niedrig, dennoch betätigen sich mehr als doppelt so viele junge Menschen politisch, wie angegeben, an Politik interessiert zu sein oder wählen zu gehen. Die Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch ist darin zu finden, dass Parteien weniger als Instrumente der politischen Teilhabe wahrgenommen werden, sondern in erster Linie als Mittel, um einen Arbeitsplatz zu bekommen oder seine sozioökonomische Position zu verbessern. Daher mögen viele junge Leute die Parteien zwar innerlich ablehnen, betrachten sie aber dennoch als unabdingbares Vehikel für ihr Fortkommen.

Alternative Möglichkeiten des politischen Engagements

Es ist bemerkenswert, dass in einigen Ländern Südosteuropas der Anteil junger Erwachsener, die in der Freiwilligenarbeit aktiv sind (Grünflächenpflege, Hilfe für alte oder behinderte Menschen usw.), im umgekehrten Verhältnis zu den jeweiligen Werten der Wahlbeteiligung liegt: In Slowenien etwa, wo unter jungen Menschen die größte Wahlmüdigkeit herrscht, leisten 38 Prozent von ihnen Freiwilligenarbeit – dies ist der Höchstwert in den untersuchten Ländern. In Mazedonien wiederum, wo die Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen am höchsten ist, engagieren sich mit 13 Prozent so wenige Heranwachsende in der Freiwilligenarbeit wie in keinem anderen Land. In Rumänien, Bulgarien und im Kosovo scheint die Freiwilligenarbeit etwas populärer zu sein; dort beteiligen sich jeweils etwas über ein Fünftel der jungen Menschen daran. Im Kosovo und in Slowenien sind auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten (Teilnahme an Konferenzen, Seminaren bzw. anderen Formen der informellen Bildung oder sportliches und kulturelles Engagement) sehr viel populärer (46,9 bzw. 27,9 Prozent) als politische Aktivitäten (32,4 bzw. 9,3 Prozent); in den

anderen Ländern ist das Verhältnis zwischen politischem Engagement bzw. der Wahlbeteiligung und zivilgesellschaftlicher Beschäftigung ausgeglichener.

Es scheint also, als hätten die jungen Menschen sehr unterschiedliche Wege des sozialen Engagements eingeschlagen. Diejenigen, die von der Politik enttäuscht sind, betätigen sich eher in der Freiwilligenarbeit oder sind zivilgesellschaftlich aktiv, da sie den entsprechenden Institutionen mehr vertrauen als politischen Parteien, den Parlamenten oder den Regierungen. Die Institutionen der Zivilgesellschaft sind weniger mit dem Machtmissbrauch verbunden und werden daher von der Jugend positiver beurteilt. Allerdings bleiben die Heranwachsenden selbst in diesem Bereich skeptisch: In keinem der untersuchten Ländern bringt eine Mehrheit von ihnen den Nichtregierungsorganisationen Vertrauen entgegen: Der entsprechende Wert ist relativ hoch im Kosovo und in Slowenien (43 bzw. 44 Prozent), deutlich niedriger in Rumänien (28 Prozent) und besonders gering in Bulgarien (16 Prozent).

Generell lässt sich feststellen, dass junge Menschen ein größeres Vertrauen in solche Institutionen haben, die eine Kontrollfunktion ausüben, insbesondere in die Medien und die Justiz, als in solche mit exekutiven Funktionen. Das Vertrauen in die Medien ist im Kosovo und in Albanien am höchsten (jeweils über die Hälfte), das Vertrauen in die Justiz im Kosovo und in Mazedonien (jeweils 44 Prozent). Schon diese Zahlen deuten allerdings an, dass auch die Zustimmungsraten zu Medien und Justiz (ebenso wie zu den Nichtregierungsorganisationen) bestenfalls relativ besser sind als die zu den politischen Institutionen. In Rumänien etwa vertraut nur knapp ein Drittel der Jugendlichen den Medien, in Bulgarien sieht gerade mal ein Fünftel die Justiz als vertrauenswürdig an.

Weitere Institutionen, denen Jugendlichen überdurchschnittlich viel Vertrauen entgegenbringen, unterscheiden sich von Land zu Land. Im Kosovo sind dies religiöse Führer, in Kroatien ist es die Polizei, in Bulgarien der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, in Mazedonien die Europäische Union und in Slowenien sind es die Bildungseinrichtungen. Den Gewerkschaften bringt in Südosteuropa nur durchschnittlich 30 Prozent der jungen Menschen Vertrauen entgegen; der entsprechende Anteil ist am höchsten in Mazedonien und im Kosovo (46 bzw. 40 Prozent) und am niedrigsten in Rumänien und in Bulgarien (15 bzw. 11 Prozent).

Desillusionierung über die EU und hohe Emigrationsbereitschaft

Besonders beunruhigend sind die Erkenntnisse der Jugendstudien darüber, wie sich die EU-Status eines Landes auf die Einstellung der heranwachsenden Generation zur europäischen Integration auswirkt, sowie auf ihre Bereitschaft, sich für die Demokratisierung ihres Heimatlandes zu engagieren. So äußern sich die Jugendlichen in Anwärterstaaten und Beitrittskandidaten positiver zur EU als Jugendliche in EU-Mitgliedsländern. Besonders hohe Zustimmungswerte erzielt die EU in dieser Altersgruppe in Mazedonien, im Kosovo und in Albanien (73 bis 88 Prozent), in Bosnien-Herzegowina denkt immerhin noch mehr als die Hälfte der Jugend positiv über die Union, in den EU-Mitgliedsländern Bulgarien und Kroatien hingegen sehen nur noch etwas über 40 Prozent die Union als vorteilhaft an, und im Euro-Land Slowenien fällt dieser Anteil auf gerade einmal ein Drittel.

Die meisten Jugendlichen in den Anwärter- und Kandidatenländern haben hohe Erwartungen an die europäische Integration und glauben, sie würden durch die EU-Mitgliedschaft ihrer Länder profitieren, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht und bezüglich der Freizügigkeit. Die Jugend in den Mitgliedstaaten erkennt derweil zwar an, dass die Integration ihrer Heimatländer in die EU einige Vorteile gebracht hat, zeigen sich aber überwiegend enttäuscht, dass sich ihr Lebensstandard, die Beschäftigungssituation und die wirtschaftliche Lage nicht so verbessert haben, wie erwartet. Stattdessen haben die EU-Länder Südosteuropas zuletzt Jahre der wirtschaftlichen Stagnation durchlebt, während die nationale Politik stark von den in Brüssel getroffenen Entscheidungen beeinflusst wurde. All dies hat viele Zweifel lassen, ob der EU-Beitritt eine gute Idee war, was sich an deutlich geringeren Zustimmungsraten für die EU seitens der Jugendlichen ablesen lässt.

In Bulgarien nennt beispielsweise lediglich ein Drittel der Befragten die neuen Reisemöglichkeiten oder die verbesserten Minderheitenrechte als eine positive Folge des EU-Beitritts, und in Kroatien sehen viele Jugendliche bereits jetzt, obwohl ihr Land erst 2013 EU-Mitglied wurde, negative Auswirkungen dieses Schrittes: Kroatien sei zu abhängig von Brüssel, werde wirtschaftlich ausgebeutet und mache kaum Fortschritte. Nur knapp ein Drittel der kroatischen Jugendlichen spricht den EU-Institutionen das Vertrauen aus, während 21 Prozent ihnen

misstrauen. Am beunruhigendsten ist die Situation in Slowenien, wo mehr als Zweidrittel der Jugendlichen glauben, der EU-Beitritt habe sich negativ auf die Wirtschaft ausgewirkt, und der Meinung sind, die nationale Politik leide unter der EU-Integration. 45 Prozent sprechen sich sogar für einen Austritt Sloweniens aus der Eurozone und der EU insgesamt aus. Diese Unzufriedenheit lässt auch die Bereitschaft der Jugend sinken, sich für den politischen Wandel einzusetzen. Enttäuscht von den heimischen Akteuren und desillusioniert über die EU erweisen sich die Jugendlichen in den Mitgliedsländern deutlich passiver in ihrem politischen Engagement.

Eine weitere Schwäche der Jugend in Südosteuropa besteht darin, dass sie kaum in der Lage sind, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden oder Verkrustungen aufzubrechen. Die Jugendlichen in diesen Länder bleiben sehr stark auf Verwandte, Freunde und Kollegen fokussiert, schon ihren Nachbarn bringen sie weit weniger Vertrauen entgegen; noch größer ist die innere Distanz zu Menschen, die einen anderen Glauben und andere politische Überzeugungen haben als sie selbst. Zugleich ist die Jugend in Südosteuropa nur bedingt in der Lage, soziale oder kulturelle Unterschiede zu akzeptieren. Auf die Frage, wen sie gern als Nachbarn hätten, ziehen die befragten Jugendliche Familien aus Westeuropa denen aus der Region vor und bevorzugen Studenten oder Rentner als Nachbarn gegenüber Roma-Familien oder Schwulen.

Diese Untersuchungsergebnisse stellen die verbreitete Vermutung in Frage, Heranwachsende seien progressiver und toleranter eingestellt als ihre Eltern und Großeltern; vielmehr scheinen viele Jugendliche ausgesprochen konservative Einstellungen zu pflegen. So sehen etwa durchschnittlich 90 Prozent von ihnen ihre religiöse Zugehörigkeit als einen zentralen Teil ihrer Persönlichkeit an, und in einigen Ländern wie etwa Kroatien erklären rund Zweidrittel der jungen Menschen, sie glaubten an die Existenz von Himmel und Hölle. In jedem der untersuchten Länder ist es den Jugendlichen am wichtigsten, ihre persönliche Würde zu bewahren, an zweiter Stelle steht der Wunsch, Karriere zu machen. Fragen der Ehre und des Individualismus haben für junge Menschen in Südosteuropa somit eine größere Bedeutung als die Werte der Toleranz und der Kooperation. Hier zeigen sich die Auswirkungen des permanenten Umbruchs einerseits und des Fortlebens tradierter nationalistischer und autoritärer Tendenzen andererseits, mit denen

diese Generation aufgewachsen ist. Angesichts fehlender demokratischer Traditionen und Vorbilder haben viele Jugendliche sozial konservative Werte ihrer Umwelt übernommen. Sofern sie nicht mit neuen, fortschrittlichen Ideen in Kontakt kommen, werden sie weiterhin vorrangig von dem sozialen Umfeld geprägt werden, in dem sie leben.

Die größte Bedrohung für die Zukunft Südosteuropas ist jedoch der drohende Verlust eines großen Teils der Jugend. Die Region weist ohnehin schon eine ungünstige demografische Entwicklung auf, die vorliegenden Studien zeigen nun, dass darüber hinaus in allen Ländern viele Jugendliche erwägen, ihr Land zu verlassen – besonders dramatisch stellt sich die Situation in Albanien und im Kosovo dar.

Tabelle 3: Anteil der Jugendlichen in Südosteuropa, die ihr Land »sehr wahrscheinlich« oder »ziemlich wahrscheinlich« verlassen wollen, in Prozent.

	Emigration
Albanien	66,7
Bosnien-Herzegowina	49,2
Bulgarien	42,5
Kroatien	26,7
Kosovo	55,1
Mazedonien	52,8
Rumänien	39,9
Slowenien	30,8
Mittelwert	45,5

Gefragt nach den Hauptgründen für ihre Auswanderungsabsicht, haben die meisten Befragten angegeben, sie wollten ihren Lebensstandard verbessern sowie die Beschäftigungs- oder Ausbildungschancen im Ausland nutzen. Die stärkste Anziehungskraft üben die Länder Westeuropas, allen voran Deutschland, gefolgt von der Schweiz, Großbritannien, Österreich und Italien, auf die Emigrationswilligen aus, obwohl es natürlich in den einzelnen südosteuropäischen Ländern unterschiedliche Präferenzen gibt. Ungeachtet der Enttäuschung über die Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft ihrer Heimatländer sehen die meisten Jugendlichen in Südosteuropa ihre Zukunft also innerhalb der Europäischen Union – neben

den bestehenden persönlichen Netzwerken (Freunde oder Familienangehörige, die bereits in den Zielländern wohnen), werden die Emigrationswünsche auch durch die Ausbildungsprogramme der EU geprägt. Bei manchen der jungen Leute mag ein entsprechender Auslandsaufenthalt die Bereitschaft gefördert haben, ihre Heimat dauerhaft zu verlassen.

Demokratisierungspotenzial der Jugend

Um das Demokratisierungspotenzial der Jugend einzuschätzen, wurden in einer vergleichenden Analyse auf Grundlage der Jugendstudien Indikatoren ausgewählt, wie persönliche Werte, Interesse und Teilhabe an politischen Prozessen sowie Emigrationswünsche. Ein ausgeprägtes Interesse an politischer Partizipation, ein größeres Vertrauen in politische Institutionen, die Überzeugung, dass die eigenen Interessen von den Politiker angemessen vertreten werden und selbst die Entscheidungen der Politik beeinflussen zu können, lässt ein größeres Demokratisierungspotenzial erwarten, während höhere Werte bei den Emigrationsabsichten andeuten, dass diese Jugendlichen als politische Akteure in ihrer Heimat bald ausfallen könnten.

Aus dieser Auswertung geht hervor, dass das Demokratisierungspotenzial der Jugend im Kosovo, in Albanien und Mazedonien höher ist als in Bulgarien, Rumänien und Slowenien, die bereits stabilere Demokratien sind. Der Status der jeweiligen Länder gegenüber der Europäischen Union scheint hierbei ein wichtiger Faktor zu sein – die Jugendlichen in den Anwärtler- und Kandidatenländern erhoffen sich durch den zukünftigen EU-Beitritt ihrer Staaten politische Fortschritte, während die Jugendlichen in den Ländern, die bereits der EU angehören, offensichtlich desillusioniert sind von den Möglichkeiten der Union und vielfach die Hoffnung verloren haben, dass sich die Lage in ihrer Heimat grundlegend verbessern lässt.

Das ist ein interessantes und in gewisser Weise den landläufigen Vorstellungen widersprechendes Ergebnis, denn eigentlich würde man erwarten, dass sich Jugendliche stärker politisch engagieren, wenn ihnen größere Handlungsspielräume offen stehen. Es scheint jedoch, dass die Jugendlichen eher bereit sind, sich für die Demokratie einzusetzen, wenn sich das politische System in ihrer Heimat noch im Transformationsprozess befindet.

Das deckt sich mit den Ergebnissen aus anderen Studien, aus denen hervorgeht, dass Jugendliche sich eher politisch engagieren, wenn sie unzufrieden sind oder ihre persönlichen Interessen gefährdet sehen. Wie die Sozialwissenschaftlerinnen Lynne Chisholm und Siyka Kovacheva mit Blick auf Richtungswahlen in Ostmitteleuropa festgestellt haben, werden junge Wähler durch schwerwiegende politische Krisen mit möglichen Auswirkungen auf die demokratische Zukunft ihres jeweiligen Heimatlandes mobilisiert, während ihre Teilhabe deutlich zurückgeht, sobald das politische Leben in ruhigen Bahnen verläuft.⁴

Empfehlungen an die Politik

Der Slogan »Die Jugend ist die Zukunft« ist keine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Franklin D. Roosevelt erklärte dazu 1940 in seiner Ansprache an der Universität von Pennsylvania: »Wir können nicht immer die Zukunft für unsere Jugend gestalten, aber wir können unsere Jugend auf die Zukunft vorbereiten.« Wie kann man die Jugend dazu bewegen, in ihren Heimatländern zu bleiben und sich dort für einen demokratischen Wandel einzusetzen?

Den Anfang sollten Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt machen. Zum einen sollte die technische und berufliche Ausbildung mit Blick auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes reformiert werden. Zum anderen sollten die Regierungen die Schaffung von Arbeitsplätzen für Jugendliche fördern, beispielsweise durch Stipendien, Zuschüsse für junge Selbständige oder Subventionen für die Anstellung Jugendlicher. Die Länder Südosteuropas sollten Programme ins Leben rufen, mit denen abgewanderte qualifizierte Arbeitskräfte zur Rückkehr bewegt werden (»brain gain«).

Des Weiteren sollten Regierungen und Nichtregierungsorganisationen das System der politischen Bildung verbessern. Dazu könnten Pflichtlehrveranstaltungen mit integrierten Studienfahrten gehören oder Gastvorträge; außerdem sollte die politische Bildung an Grund- und weiterführenden Schulen sowie die informelle zivilgesellschaftliche Bildung gestärkt werden. Um diese informellen Bildungsmöglichkeiten auszubauen, aber auch um

4. Chisholm, L./Kovacheva, S. (2002): *Exploring the European Mosaic: The Social Situation of Youth in Europe*, Straßburg: Europarat.



das Engagement von Jugendlichen zu stärken, wäre angebracht, Jugendorganisationen großzügiger zu fördern. Außerdem sollte man in Erwägung ziehen, im letzten Schuljahr der Oberschulen einen ehrenamtlicher Dienst zur Pflicht zu machen. Ehrenamtliches Engagement erhöht nicht nur das Gefühl für staatsbürgerliche Pflichten und soziale Solidarität, sondern trägt auch dazu bei, dass die Jugendlichen soziale Kompetenzen entwickeln.

Ein drittes Set an politischen Erneuerungen ist nötig, um die Jugendlichen in den politischen Entscheidungsprozess miteinzubeziehen. Die Heranwachsenden sollte zumindest bei solchen Entscheidungen ein Mitspracherecht haben, bei denen ihre eigenen Interessen und Bedürfnisse im Vordergrund stehen. Den Ergebnissen der Studien zufolge wäre es insbesondere ratsam, Jugendliche in die politischen Prozesse auf kommunaler Ebene einzubeziehen, da dort über konkrete Angelegenheiten entschie-

den wird und die Wirkungen des eigenen politischen Handelns am stärksten sichtbar werden. Die kommunale Ebene bietet für Jugendliche somit die besten Möglichkeiten, politische Entscheidungsfindungen einzuüben.

Darüber hinaus könnte eine höhere Mobilität der Jugend innerhalb Südosteuropas und der EU dabei helfen, historische Trennlinien zu überwinden sowie Verständnis und Akzeptanz für soziale und kulturelle Diversität zu entwickeln. Je mobiler die Jugendlichen sind, desto mehr Möglichkeiten bieten sich ihnen, Erfahrungen zu sammeln und ihre Werten und Normen mit Altersgenossen in anderen Ländern zu vergleichen. Wenn die jungen Menschen Südosteuropas Länder kennenlernen, in denen sich die Demokratie konsolidiert hat, werden sie auch an ihr eigenes Umfeld daheim höhere Erwartungen richten und danach streben, ihre andernorts gewonnenen Erfahrungen dort umzusetzen.



Über die Autoren

Dane Taleski aus Skopje, Mazedonien, PhD der Zentraleuropäischen Universität in Budapest, ist Mitglied mehrerer Netzwerke von Südosteuropa-Experten und Co-Autor in: Klaus Hurrelmann, Michael Weichert (Hg.), *Lost in Democratic Transition? Challenges for Young People in SEE*, Sarajewo 2015.

Bert Hoppe ist Referent für Südosteuropa im Referat Mittel- und Osteuropa der FES in Berlin.

Der vorliegende Text ist von Ina Goertz aus dem Englischen übersetzt worden (Titel der englischen Version: *Youth in South East Europe: Lost in transition*).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Jugendstudien Südosteuropa

Website des Projekts der Universität Maribor mit Material

zu den Jugendstudien (Fragenbögen, Datensets): <http://projects.ff.uni-mb.si/cepss/index.php/youth-studies/>

Albanien: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/albanien/10056.pdf>

Bosnien-Herzegovina: <http://www.fes.ba/files/fes/pdf/publikationen/2014/2015/YOUTH%20STUDY%20BAH.pdf>

Bulgarien: http://www.fes.bg/files/custom/Young_People_in_European_Bulgaria.pdf

Kroatien: http://www.idi.hr/wp-content/uploads/2014/03/mladi_uvk_eng.pdf

Kosovo: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/kosovo/09782.pdf>

Mazedonien: http://www.researchgate.net/publication/268390111_Macedonia_Youth_Study_2013

Rumänien: http://www.fes.ro/media/2014_news/Report-FES-Romanian_Youth.pdf

Slowenien: <http://www.fes.hr/E-books/pdf/Study-final%20web.pdf>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-207-5